Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Warum schont ihr Merkel? (III)
2. Merkel – ein Rückblick
3. Schwäche des linken Lagers: Lafontaine will im Bund neue linke Bewegung
4. EU-Sozialgipfel: Sozialpolitische Placebos sind zu wenig
5. Verschärfung der Bestimmungen für Arbeitslose – was steckt hinter der Debatte?
6. Debatte um Achtstundentag: Immer für die Bosse
7. Erziehungshilfe light
8. Parlamentsarbeit auf Sparflamme
9. Deutschland ist Bremsklotz der Energiewende
10. Flüchtlinge: Rettungsmission über dem Mittelmeer
11. Schutz per Betriebsvereinbarung
12. Zu guter Letzt: Exklusiv! Das geheime WhatsApp-Chat-Protokoll der Jamaika-Sondierungsgespräche
13. Das Letzte: Christie’s in New York 450 Millionen Dollar – Gemälde von da Vinci für Rekordpreis versteigert

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Warum schont ihr Merkel? (III)**
   Sie schonen die CDU-Chefin – ganz so, als stehe Merkel über den Dingen und als habe sie mit dem Gezerre zwischen CDU, CSU, FDP und Grünen nichts zu tun. “Angela Merkel lächelt” – so steigt die “Süddeutsche” in ihren Bericht über die “Sondierungen” ein. Will heißen: Noch ist nicht alles verloren, es gibt noch Grund zur Hoffnung. Doch warum Merkel lächelt, und was sie für den Erfolg dieser “Jamaika”-Koalition tut, das erfahren wir nicht. Auch nicht bei SPON oder in der “Tagesschau”.
   Alle stellen es so dar, als seien CSU und Grüne die wichtigsten Akteure, als sei FDP-Chef Lindner der “nice guy” und CSU-Chef Seehofer der “bad guy”. Dabei geht es doch um Merkel und ihre Zukunft. Nur sie braucht diese merkwürdige Koalition, um sich an der Macht zu halten. Deutschland kann auch ohne “Jamaika” leben. […]
   Irreführend ist auch die Darstellung, es gehe noch um “Sondierungen”. Wer ein 60-

seitiges Eckpunktepapier aushandelt, der sondiert nicht mehr, sondern der legt sich fest, im Detail.
Quelle: Lost in Europe

dazu: Es ist ein Trauerspiel
Die Jamaika-Sondierungen gehen in die Verlängerung. Macht nichts, es ist ja ein „historisches Projekt". Wirklich? (…)
Vor allem aber aus inhaltlichen Gründen wären diese beiden Alternativen (Neuwahl oder Minderheitsregierung) besser als Jamaika. Man kann nämlich sagen: Das Schlimme an dieser Koalition ist nicht das, worüber sie jetzt weiter streitet. Schlimmer ist das, worüber sie jetzt schon einig zu sein scheint – und das, was sie sicher unterlassen wird.
Ein paar Beispiele:

- Steuern zu senken, ist sicher populär. Aber der derzeitige Reichtum des Staates ist nicht strukturell bedingt, sondern konjunkturell. Und wenn man den Investitionsbedarf des Staates ins Kalkül zieht, sind selbst diese boombedingten Überschüsse so üppig auch wieder nicht: Autobahnen (ob für Fahrzeuge oder Daten), Schienen, Schulen, Sozialwohnungen und vieles andere bedürften eigentlich eines Investitionsvolumens, das die Überschüsse weit übersteigt. Also mehr Steuern für Reiche. Aber Jamaika redet ausschließlich über den Abbau des Soli, und selbst dabei ist die Idee, davon wenigstens die Geringverdiener stärker profitieren zu lassen, so gut wie aus dem Spiel. Von Investitionen in die Welt der „Abgehängten", also etwa Hartz IV, redet sowieso keiner mehr.

- Beim Klimaschutz wird allenfalls ein Kompromiss herauskommen nach dem Motto „Die Grünen bauen Windräder, die FDP baut Straßen". Vor der existenziellen Notwendigkeit, massiv in Wärmedämmung zu investieren und sowohl die Mobilität als auch Strom und Heizung von fossilen Rohstoffen unabhängig zu machen, würde auch Jamaika versagen.

- In der Flüchtlingspolitik verdeckt der Streit über den Familiennachzug die Tatsache, dass am Kern der Merkel'schen Strategie – Abschottung Europas mit Hilfe so appetitlicher Partner wie der Türkei und Libyen – offenbar niemand mehr rüttelt. Auch die Grünen nicht. Müsste nicht spätestens das der Punkt sein, an dem eine Partei wie die Grünen schon aus Selbstachtung aus den Sondierungen aussteigt?

All das spielt in der öffentlichen Wahrnehmung kaum noch eine Rolle. Stattdessen starrt alles auf einen Berliner Balkon, und die Inszenierung hat fast alle dazu gebracht, nur noch auf eins zu hoffen: dass sie irgendwie regieren.
Das Dumme ist nur: Der Lage bei uns und erst recht im Rest der Welt wird es ganz bestimmt nicht gerecht, wenn irgendjemand Deutschland irgendwie regiert.
Quelle: Stephan Hebel auf FR Online

dazu auch: Sondierungsgespräche: "Die Journalisten spielen dieses Inszenierungsspiel einfach mit"
Was die Öffentlichkeit von den Sondierungsgesprächen in Berlin zu sehen bekommt, ist nach Ansicht des Medienkritikers Lutz Hachmeister fast alles inszeniert. Die Auftritte und Aussagen der Politiker seien nicht mehr als politisches Marketing, sagte Hachmeister im Dlf. Die Medien hielten hier zu selten dagegen. […]
Die Medien forderte Hachmeister auf, deutlich zu machen, dass diese Auftritte inszeniert seien. Auch in Interviews sollten Journalisten seiner Ansicht nach stärker darauf hinweisen, wenn Politiker etwas nur sagten, um damit einen Effekt zu erzielen. Insgesamt plädierte Hachmeister für mehr Zurückhaltung in der aktuellen Berichterstattung: "Das sind ja noch nicht mal Koalitionsverhandlungen."
Quelle: Deutschlandfunk

2. **Merkel – ein Rückblick**
   Wolfgang Streeck hat in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" einen glänzenden Artikel über die Kanzlerschaft Merkels geschrieben. Und in der Tat: Es wird Zeit für ihre Ablösung, schließlich hat sie zum Abbau des Sozialstaates beigetragen, die europäischen Nachbarn gedemütigt und die Ost- und Entspannungspolitik Willy Brandts in ihr Gegenteil verkehrt.
   Spannend ist aber auch Streecks Auseinandersetzung mit dem Versagen der politischen Linken. Sie trage Mitverantwortung für das Erstarken der AfD, solange sich diese Partei als einzige präsentieren kann, „die die Krisen moderner Staatlichkeit im Zeitalter neoliberaler Globalisierung zur Sprache bringt", und solange jede Opposition gegen das neoliberale Dogma der offenen Grenzen als rassistisch und nationalsozialistisch abqualifiziert wird. So werde "die wichtigste Ressource des Landes, das Erschrecken vor seinen historischen Verbrechen" verbraucht, "um den Preis einer Trivialisierung (Verharmlosung) von Faschismus und Rassismus".
   Quelle: Oskar Lafontaine via Facebook

   Hinweis: *Den Text von Wolfgang Streeck gibt es im Plus-Angebot der FAZ zu lesen.*

3. **Schwäche des linken Lagers: Lafontaine will im Bund neue linke Bewegung**

Das linke politische Lager in Deutschland ist seit der Bundestagswahl schwach wie nie zuvor. Oskar Lafontaine plant nun, die Kräfte zu bündeln.
Der frühere Bundesvorsitzende der Linken, Oskar Lafontaine, hat sich angesichts gravierender Wählerverschiebungen für eine Bündelung der linken Kräfte in der Bundesrepublik ausgesprochen. „Die linken Parteien in Europa, aber auch in Deutschland, verlieren immer mehr an Einfluss. Deshalb werbe ich jetzt für eine neue Sammlungsbewegung der Linken“, sagte er in einem Interview mit der Saarbrücker Zeitung.
Quelle: Saarbrücker Zeitung

Anmerkung Albrecht Müller: *Das ist mit hoher Wahrscheinlichkeit ein vernünftiger Vorstoß. Der Versuch, ein solches neues Bündnis breit anzulegen, ist richtig. Andernfalls reicht es sowieso nicht. Oskar Lafontaine sollte sich allerdings keine Illusionen darüber machen, wie penetrant und über weite Strecken angelernt und unfair die Vorbehalte gegen jeden wirklich kritischen fortschrittlichen Menschen – und insbesondere gegen ihn, Lafontaine – unter den potentiellen Partnern verankert sind.*

4. **EU-Sozialgipfel: Sozialpolitische Placebos sind zu wenig**
„Placebos wie die ‚Soziale Säule‘ der EU sind angesichts der tiefgreifenden Krise der EU zu wenig“, erklärt Andrej Hunko, Europapolitiker der Fraktion DIE LINKE, mit Blick auf den heute in Göteborg stattfindenden EU-Sozialgipfel. Hunko weiter:
„Die soziale Ungleichheit wächst ungebremst, Millionen sind erwerbslos, und auch Beschäftigte werden zunehmend mit sozialer Unsicherheit konfrontiert. Während die neoliberalen Rahmenbedingungen der EU und die aus Deutschland forcierte Austeritätspolitik die soziale Krise vertiefen, hat die EU bei sozialen Rechten wenig zu bieten. Daran wird auch die ‚Europäische Säule Sozialer Rechte‘ nichts ändern. Denn trotz der blumigen Worte sucht man wirkliche soziale Rechte darin vergeblich.
Die ‚Soziale Säule‘ wird im besten Fall als Feigenblatt für die auch durch die EU vorangetriebene unsoziale Politik dienen. Schlimmer noch: Die losen Absichtserklärungen für eine sozialere Politik drohen ein neoliberales Leitbild für die Sozialpolitik der EU-Mitgliedstaaten zu etablieren. Statt dass die Menschen vor den Härten der kapitalistischen Wirtschaft geschützt werden, sollen sie nur besser auf diese vorbereitet werden – das ist inakzeptabel.
Dabei ist längst klar: Wenn die EU keine ernsthafte soziale Wende hinlegt, dann droht sie auseinanderzubrechen.“
Quelle: Die Linke. im Bundestag

dazu: Auf dem Weg in die Sozialunion oder doch nur ein weiteres Beispiel für semantisch aufgeblasene Symbolpolitik? Die “Europäische Säule sozialer

Rechte" und der Sozialgipfel von Göteborg
Wenigstens ist es nicht ein Freitag, der auf den 13. eines Monats fällt – wäre es so, dann würden sich die Skeptiker symbolisch bestätigt fühlen in ihrer Sichtweise, dass das nichts werden kann, was die Staats- und Regierungschefs der EU-Staaten auf dem "Sozialgipfel" am 17. November 2017 in Göteborg mit vielen Fotos verabschieden wollen – die "Europäische Säule sozialer Rechte" (ESSR).
Um was geht es hier genau?
In zwanzig Thesen hat die Europäische Union den "sozialen Pfeiler" der Europäischen Union definiert. Vom Recht auf Ausbildung, über Gleichberechtigung und faire Löhne bis hin zum Recht auf Kinderbetreuung und dem Recht auf eine angemessene Wohnung reichen die Forderungen. Die ESSR besteht aus 20 sehr allgemein formulierten, im weitesten Sinn sozialpolitischen Grundsätzen, die in Form einer rechtlich-unverbindlichen gemeinsamen Proklamation auf dem Sozialgipfel in Göteborg verabschiedet werden soll. Diese Prinzipien sind in Form sozialer Rechte von Individuen gegenüber den Mitgliedstaaten formuliert – aber damit an dieser Stelle gleich keine falschen Erwartungen geweckt werden sogleich der Hinweis, dass es sich keineswegs um individuell auch einklagbare Rechte handelt. (…)
Schlussendlich werden wir beim Thema ESSR – unabhängig von seiner materiellen Relevanzlosigkeit – wieder einmal konfrontiert mit dem Stukturproblem der EU (das im Euroraum nochmals ein anderes, nämlich größeres Gewicht hat): Die enormen Wohlstandsunterschiede und die weiter auseinanderlaufende ökonomische Leistungsfähigkeit ist ein eigenständiger Antreiber der Spannungen innerhalb der EU, die sich durchaus zu einer Existenzfrage für die EU ausdifferenzieren können und möglicherweise auch werden, weil die EU gleichzeitig kaum wirklich relevante Steuerungsinstrumente hat, um beispielsweise die Zunahme der Ungleichheit innerhalb der heterogenen EU aufzuhalten oder gar umzukehren.
Quelle: Aktuelle Sozialpolitik

5. **Verschärfung der Bestimmungen für Arbeitslose – was steckt hinter der Debatte?**
In der öffentlichen Debatte wird zunehmend eine Verschärfung der Bestimmungen für Arbeitslose gefordert. Weil Arbeitslosigkeit dem fehlenden Arbeits- bzw. Leistungswille geschuldet sei, ließe sich das Problem der Arbeitslosigkeit (u. a.) durch die Verschärfung der Zumutbarkeitsbestimmungen für Arbeitslose lösen. Doch hinter diesem Leistungsdiskurs bzw. der Forderung, die Bestimmungen für den Erhalt von Arbeitslosenversicherungsleistungen zu verschärfen, verbirgt sich eine politische Agenda. Insbesondere die Verschärfung der Zumutbarkeitsbestimmungen würde den Druck für Arbeitssuchende erhöhen, Investitionen in Humankapital entwerten, zu

niedrigen Löhnen und Erwerbsarmut beitragen und so die Entwicklung eines Niedriglohn- und Niedrigqualitätssektors in Österreich fördern.
Quelle: Blog Arbeit & Wirtschaft

6. **Debatte um Achtstundentag: Immer für die Bosse**
Schluss mit festen Arbeitszeiten? Deutschlands amtliche Wirtschaftsweise offenbaren, wie sehr sie sich in einem Dogma verloren haben. Es entstand vor 40 Jahren – und wirkt bis heute gefährlich nach. […]
Warum es gerade jetzt wichtig ist, restgeregelte Arbeitszeiten aufzubrechen, ist analytisch schwer nachvollziehbar – und lässt sich ohne Ritualisierung und herzige Arbeitgeberzuneigung kaum erklären. Zumal es den jetzt so beschleunigten Aufschwung gemessen an all dem Angebotsgötter-Zetern der vergangenen Jahre überhaupt nicht geben dürfte – nach all dem Wehklagen über GroKo, desaströse Mindestlöhne, überteuerte Rentengeschenke und gefährliche Zentralbank-Interventionen; oder über die vermeintlich ach so fatalen südeuropäischen Regelbrüche und mangelnde Reformen.
Absturz? Rezession? Nö. Das Mindestlohndesaster blieb ebenso aus wie das Südländer- oder das Rentendebakel. Fehlprognosen en masse. Und Inflation gibt's auch nicht. Die Rentenkassen sind voll. Die deutsche Wirtschaft wächst mit mehr als zwei Prozent so stark wie lange nicht – und in den Euroländern sind seit 2014 mehr als 4,5 Millionen Arbeitsplätze entstanden. Fast überall in den vorschnell abgeschriebenen Gebieten wächst die Wirtschaft sogar noch schneller als bei uns. Ganz ohne rabiate Dauerangebotsreformen. Und trotz Umverteilungsgedöns. Vielleicht aber auch deshalb. Gut möglich, dass einfach das Dogma nicht mehr zur Zeit passt.
Quelle: Thomas Fricke auf Spiegel Online

Anmerkung unseres Lesers J.A.: *Immer noch viel zu freundlich gegenüber diesen Herren und der einen Dame Wirtschafts- und Gesellschaftszerstörer.*

7. **Erziehungshilfe light**
Wie sich Verwaltungsleitungen bei der Beschneidung von Anspruchsgrundlagen in der Jugendhilfe in euphemistischer Verschleierung üben.
Verwaltungsleitungen und politisch Verantwortlichen in der Jugendhilfe ist schon lange klar, dass es durch den gesetzlich garantierten Rechtsanspruch schwer ist, die Ausgaben für Leistungen der Erziehungshilfe zu begrenzen oder gar zu senken. Wenn ein im Gesetz beschriebener Hilfebedarf entsteht, hat die betreffende Familie Anspruch auf Erziehungshilfe. Der Hilfebedarf entsteht meist durch eine Verschlechterung der Lebenslage – wie Arbeitslosigkeit, Trennung, Konflikte oder Krankheit. Dann muss das Jugendamt handeln. Dumm.

„Bevor es uns gelingt, die Lebenslagen zu verbessern“, so möglicherweise das Kalkül der Verwaltungsleitungen, „haben wir sicher mehr Einfluss darauf, die gesetzlichen Ansprüche zu verändern.“ Nun haben Sie dazu einen Diskussionsprozess unter dem Titel „Weiterentwicklung der Hilfen zur Erziehung“ angestoßen. Am Ende stand die Empfehlung der Jugend- und Familienminister der Länder, das Kinder- und Jugendhilfegesetz (SGB VIII) zu ändern. Als Ziele wurden dabei in positiver Formulierung unter anderem benannt:

> „Die Weiterentwicklung der Hilfen zur Erziehung zielt darauf, möglichst frühzeitig Hilfe und Unterstützung anzubieten, eine bedarfsgerechte Infrastruktur zu sichern und die Zugänglichkeit und Wirksamkeit der Hilfen zur Erziehung zu verbessern, aber zugleich auch die Potenziale von Regelangeboten und sozialräumlichen Ansätzen stärker zu nutzen und dadurch die Effizienz des Mitteleinsatzes für erzieherische Hilfen steigern zu können.“

Und:

> „Grundlage der Weiterentwicklung der Hilfen zur Erziehung bleibt rechtlich und materiell der im SGB VIII normierte individuelle Rechtsanspruch, um bedarfsorientierte Leistungen mit der erforderlichen Qualität zu gewährleisten.“

Zwischen den Zeilen heißt das, man will den individuellen Rechtsanspruch zwar nicht abschaffen, aber aushöhlen. Dabei sollen Regelangebote (das sind z.B. Kitas, Schulen oder Jugendtreffs) stärker genutzt werden, um bei den individuellen Hilfen zu sparen. Quelle: Makroskop

8. **Parlamentsarbeit auf Sparflamme**
Acht Wochen nach der Wahl tritt der Bundestag nächste Woche wieder zusammen. Da es mit der Regierungsbildung absehbar noch dauert, sind sämtliche Fachausschüsse noch nicht besetzt. Übergangsweise soll daher ein vielköpfiger, so genannter ‚Hauptausschuss‘ eingesetzt werden. Ansonsten ist die Hälfte der Sitzungen verplant für die Verlängerung von Mandaten für Auslandseinsätze der Bundeswehr. Eine aktuelle Stunde beschäftigt sich mit den Paradise Papers. Und SPD, Linke und AfD üben das Stellen von Anträgen.

Quelle: Cives

9. **Deutschland ist Bremsklotz der Energiewende**
   Die Bundesregierung hat bei der UN-Klimakonferenz in Bonn die Chance verpasst, ein deutliches Zeichen für mehr Klimaschutz zu setzen.
   "Dass Deutschland sich der in Bonn gegründeten Anti-Kohle-Allianz verweigert, macht deutlich, dass es seine einstmalige Vorreiterrolle bei der Energiewende längst verloren hat und zum Bremsklotz geworden ist," sagt Thomas Eberhardt-Köster vom bundesweiten Attac-Koordinierungskreis.
   "Dazu passt der peinliche Auftritt Merkels in Bonn: Statt verbindlicher Zusagen rechtfertigt die angebliche Klimakanzlerin die Tatsache, dass Deutschland seine selbst gesteckten Klimaziele nicht einhält, mit der lapidaren Bemerkung, es sei eben 'nicht ganz einfach'. Deutlicher kann man mangelnden politischen Willen nicht zeigen."
   Quelle: attac
10. **Flüchtlinge: Rettungsmission über dem Mittelmeer**
    Seit Jahresbeginn sind rund 2800 Menschen bei der Überquerung des Mittelmeers ums Leben gekommen. Vor allem aus Libyen suchen viele Menschen den Weg nach Europa. Wie verheerend die Lage nach wie vor ist, zeigt der Blick aus dem Rettungsflugzeug.
    Start der Moonbird, frühmorgens, vom Flughafen in Malta. Ein kleines, weißes Einpropellerflugzeug, in das sich vier Menschen gerade so hineinquetschen. Vorne links sitzt Fabio Zgraggen. Der 32-jährige Schweizer hat die "Humanitäre Piloten-Initiative" mitgegründet. Zusammen mit der deutschen Organisation Sea-Watch machen sie Aufklärungsflüge vor der libyschen Küste. Eineinhalb Jahre fliegt Fabio die Moonbird.
    Man muss immer mit dramatischen Notfällen rechnen und mit schrecklichen Bildern, sagt er: "Nördlich von Tripolis, das ist das Gebiet, wo wir jetzt gerade reinfliegen. Letzte Woche gab's da ein größeres Unglück mit 23 Toten. Und jetzt ist genau die Zeit: "Wenn die Menschen ertrinken und versterben, dann sinken sie in den ersten Tagen, die sinken relativ schnell unter die Wasseroberfläche. Und ungefähr nach vier bis sieben Tagen kommen die Körper wieder an die Wasseroberfläche. Das ist auch das, was wir oft sehen, leider."
    Quelle: Deutschlandfunk
11. **Schutz per Betriebsvereinbarung**
    Sexuelle Belästigung ist nicht nur in Hollywood eine hässliche Realität, sondern auch in deutschen Fabriken und Büros: Laut einer Umfrage der Antidiskriminierungsstelle des Bundes hat gut die Hälfte der Beschäftigten schon entsprechende Erfahrungen gemacht. Sabine Oertelt-Prigione, die Gendermedizin an der Universität Nijmegen lehrt, und Sabine Jenner, Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte an der Berliner

Charité, haben sich damit auseinandergesetzt, was Betriebsräte und Arbeitgeber gegen diesen Missstand unternehmen können. Dafür haben sie in Kooperation mit der Hans-Böckler-Stiftung 120 betriebliche Vereinbarungen aus dem öffentlichen Dienst, der Industrie und dem Dienstleistungssektor ausgewertet. Die Auswertung war Teil des Watch-Protect-Prevent-Projekts an der Charité.
Die Autorinnen warnen, dass sexuelle Belästigung sich gesundheitlich verheerend auswirken kann. Die Symptome reichen laut Studien von Depressionen oder Angstneurosen über Rückenschmerzen bis hin zu Herz-Kreislauf-Beschwerden. Nicht nur die unmittelbar Betroffenen hätten zu leiden, sondern das gesamte Betriebsklima sei gefährdet. Den Unternehmen entstünden erhebliche Kosten durch Fehlzeiten und Kündigungen.
Ein wichtiges Instrument im Umgang mit diesem Problem seien betriebliche Vereinbarungen, die verbindliche Rahmenbedingungen schaffen und so für Transparenz und Handlungssicherheit sorgen. Die Voraussetzung: Es muss einen Personal- oder Betriebsrat geben.
Quelle: Böckler Impuls

12. **Zu guter Letzt: Exklusiv! Das geheime WhatsApp-Chat-Protokoll der Jamaika-Sondierungsgespräche**
Noch stocken die Sondierungsgespräche zwischen CDU, CSU, FDP und Grünen – und das obwohl inzwischen dank modernster Technik auch abseits des Verhandlungstisches per Smartphone weiterverhandelt werden kann. Dem Postillon wurden nun von einer anonymen Quelle die geheimen Chat-Protokolle aus der Jamaika!-WhatsApp-Gruppe der Parteispitzen zugespielt. Wir dokumentieren und kommentieren im Folgenden Leaks (#JamaikaLeaks)aus den Sondierungsgesprächen, die tief blicken lassen:
Quelle: Der Postillon
13. **Das Letzte: Christie’s in New York 450 Millionen Dollar – Gemälde von da Vinci für Rekordpreis versteigert**
Nicht einmal 20 Minuten dauerte der Bieterstreit bei Christie’s in New York. “Salvator Mundi” von Leonardo da Vinci ist das teuerste bei einer Auktion veräußerte Kunstwerk.
Ein Gemälde von Leonardo da Vinci ist in New York für rund 450 Millionen Dollar versteigert und damit überraschend zum teuersten jemals bei einer Auktion verkauften Kunstwerk geworden. Nach einem 19-minütigen Bieterwettstreit mit rund 45 Geboten beim Auktionshaus Christie’s bekam ein anonymer Telefonbieter am Mittwochabend (Ortszeit) bei 400 Millionen Dollar den Zuschlag für „Salvator Mundi“. Mit Gebühren wurde daraus ein Gesamtpreis von 450.312.500 Millionen Dollar (etwa 383,6 Millionen Euro).

Den bisherigen Rekord hatte das Gemälde „Les femmes d'Alger" von Pablo Picasso gehalten, das 2015 für rund 180 Millionen Dollar versteigert worden war.
Quelle: Tagesspiegel

Anmerkung unseres Lesers T.T.: *Da fällt einem ja nur der Satz von Heiner Geißler ein: "Es gibt Geld wie Dreck, es haben nur die falschen Leute."*

dazu: Da Vinci-Gemälde sprengt alle Rekorde
Wer das Bild gekauft haben könnte? „Die Anziehungskraft geht vor allem von der unbeschreiblichen Verbindung des Werkes zu Geschichte und Nachwelt aus", hatte Kunstexperte Marion Maneker im Vorfeld der Deutschen Presse-Agentur gesagt. Das Bild könne beispielsweise von jemandem erworben werden, der ein eigenes Museum aufmachen wolle und ein zentrales Werk als Publikumsmagneten suche. Eines sei aber sicher, sagte der New Yorker Kunsthändler Lawrence Luhring der „New York Times": „Es gibt einfach zu viel Geld auf der Welt. Das ist verrückt. Ich bin fassungslos."
Quelle: Handelsblatt

Anmerkung unseres Lesers J.A.: *„Es gibt einfach zu viel Geld auf der Welt. Das ist verrückt." Eine richtige und doch selbst verrückt klingende Aussage in einer Welt, in der öffentliche Schulden Rekordhöhen erreicht haben, ein Austeritätsprogramm das nächste jagt und sowohl Steuergeschenke für die Reichen als auch die Armut in fast allen Ländern immer neue Rekorde erklimmen. Wofür hätten diese 450 Millionen Dollar besser verwendet werden können: für Infrastruktur, staatliche Sozialprogramme, medizinische Verbesserungen, bessere Bildungseinrichtungen? Wir wissen nicht nur in diesem Fall ganz sicher, dass die Irrsinnssummen, die man den Superreichen übrig gelassen hat, nicht sinnvoll (d. h. in Produktion oder Massenkonsum) investiert worden, sondern verprasst worden sind; und auch die anderen Bieter hatten viele ungenutzte hundert Millionen Dollar übrig. Das Ergebnis sind nutzlose Bieterrekorde für nutzlose Dinge. "Das ist verrückt."*